



23 Sorten untersuchte der Verein für Konsumenteninformation. Foto: cbx

Klopapier-Test: Qualität gut, Kritik an Preis und Größe

WIEN. Lob und Kritik äußerte der Verein für Konsumenteninformation (VKI) nach einem Toilettenpapier-Test. Alle 23 untersuchten Sorten von dreilagigem Klopapier wurden als gut oder sogar sehr gut beurteilt, teilte der VKI gestern, Mittwoch, mit. Kriterien waren Reißfestigkeit, Feuchtigkeitsaufnahme und Wiederauflösbarkeit.

Bei Preis und Größe fiel ein weniger erfreulicher Trend auf: Über die Jahrzehnte sei Klopapier fast durchwegs kleiner, aber teurer geworden, in den vergangenen sechs Jahren sogar je nach Sorte um ein Viertel bis fast 80 Prozent.

1991 habe das Blatt einer bekannten Marke noch eine Größe von 13,9 mal 9,9 Zentimetern gehabt, seither sei es in der Länge um 2,2 und in der Breite um 0,4 Zentimeter geschrumpft – eine Verkleinerung um 19,2 Prozent.

Auch die Zahl der Abrisse pro Rolle sei zurückgegangen. Vor 30 Jahren seien 200 Blatt eher die untere Grenze gewesen, heute seien 140 bis 200 Blätter aufgerollt. Und: In den Packungen seien oft nur noch acht statt wie früher zehn Rollen, stellte der VKI fest.

■ E-Mail an ... auf Seite 7

Signa-Gesellschaft ist in Konkurs

WIEN. Nächste Pleite in der zerfallenden Signa-Gruppe: Über den Finanzberater Signa SFS Austria wurde gestern ein Konkursverfahren eröffnet: Die Verbindlichkeiten liegen bei 23,3 Millionen, die Aktiva bei 213.000 Euro. Betroffen sind vier Mitarbeiter und 24 Gläubiger, wie die Gläubigerschützer KSV, AKV und Creditreform berichten.

Einer der Gläubiger ist demnach SK Management, ein Unternehmen von Ex-Kanzler Sebastian Kurz. 2023 hatte SK für eine erfolgreiche Investorensuche für die Signa-Firmengruppe eine Rechnung von 2,4 Millionen Euro gestellt, erst 750.000 Euro wurden beglichen.

Wegfall der KESt bei Sparbüchern: Es geht um mehr als 130 Milliarden Euro

Vorschlag der ÖVP, Grüne reagieren reserviert; offener Konflikt bei der Wertpapier-KESt

WIEN. Keine Kapitalertragsteuer mehr auf Zinserträge bei Sparbüchern bis 100.000 Euro. Das wird Bundeskanzler und VP-Chef Karl Nehammer bei seiner Rede in Wels am Freitag als Vorschlag präsentieren, wie durchgesickert ist und die OÖNachrichten berichteten.

Details dazu gab es am Mittwoch noch nicht, zum Beispiel auf die Frage, ob die 100.000-Euro-Begrenzung pro Sparbuch oder pro Person gilt bzw. wie groß die Entlastung insgesamt sein soll.

Aus Zahlen der Nationalbank lässt sich aber in etwa ableiten, um welche Dimensionen es geht. Im November 2023 betragen die Spareinlagen der privaten Haushalte rund 190 Milliarden Euro. Etwa 70 Prozent davon, 133 Milliarden, waren auf Sparbüchern, auf denen bis zu 100.000 Euro liegen. Bei den anderen mit mehr Geld werden wohl auch die ersten 100.000 Euro steuerbefreit.

Der Durchschnittszinssatz aller Spareinlagen lag zuletzt bei rund 1,9 Prozent. Die KESt, die 1993 eingeführt wurde, beträgt 25 Prozent.

Aus dem Wirtschaftskapitel in Nehammers Rede lässt sich schließen, dass er mit dieser Maßnahme den Vermögensaufbau fördern will. Der Koalitionspartner reagierte auf Anfrage reserviert.

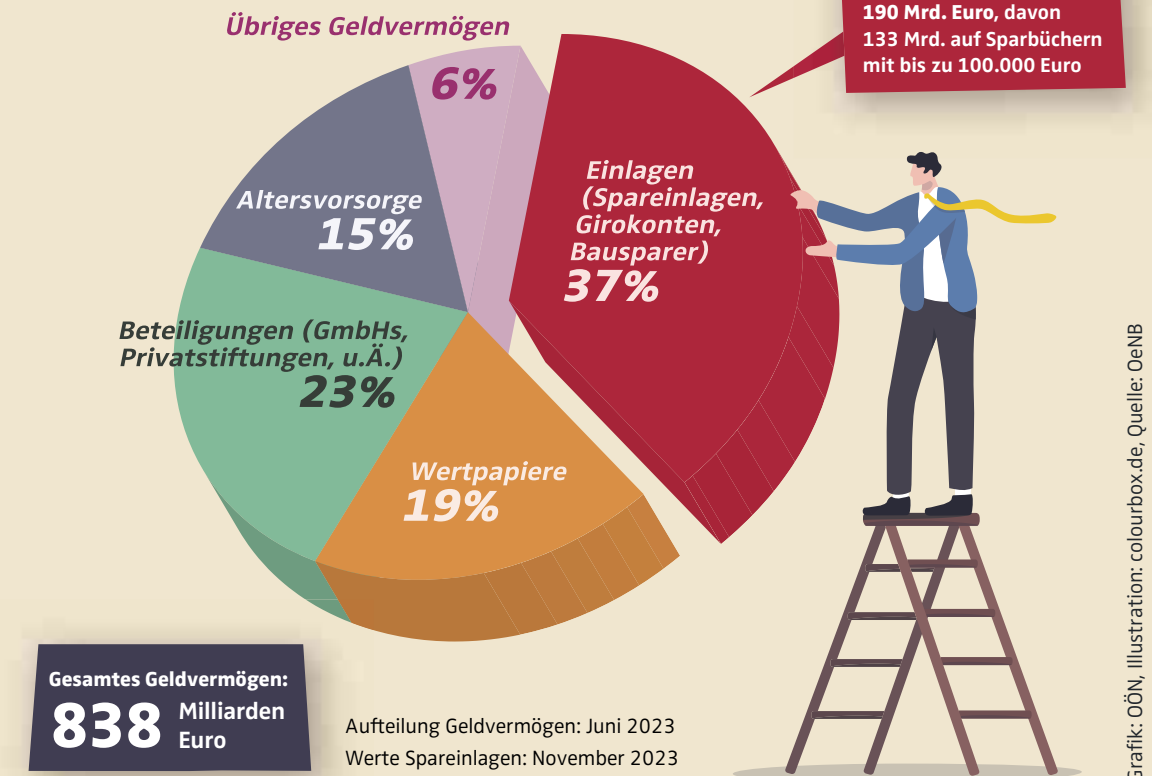
„Was die Frage von besserer Unterstützung von Kleinsparer:innen anbelangt, gibt es Modelle im europäischen Ausland, die durchaus Charme haben“, sagte Nina Tomaselli, Finanzsprecherin der Grünen: „Eine Verpflichtung der Banken zu einer Mindestverzinsung würde zum Beispiel Personen mit kleineren Sparguthaben sehr entgegenkommen.“

Vorsorgedepot auf zehn Jahre

Ein offener Konflikt herrscht beim Thema Wertpapier-KESt, die 2012 eingeführt wurde und 27,5 Prozent beträgt. Hier will Nehammer am Freitag das Modell eines Vorsorgedepots mit Behaltfrist vorschlagen. Gewinne aus Wertpapieren sollen also nach einer gewissen Zeit steuerfrei sein.

Finanzminister Magnus Brunner (VP) konkretisierte am Mittwoch das Vorhaben auf Anfrage. Das Vorsorgedepot soll eine Behaltfrist von zehn Jahren haben. Und auch vor dieser Frist sollen steuerfreie Gewinne möglich sein, falls das Geld wieder für Vorsorge verwendet wird.

Das Geldvermögen privater Haushalte



FRAGE DER REGIERUNG

Die Vorschläge von Karl Nehammer bei der bevorstehenden Rede am Freitag werden nicht wenige als Auftakt zum Wahlkampfjahr 2024. Daher stellt sich die Frage, ob die KESt-Maßnahmen noch mit den Grünen umgesetzt werden könnten oder ob eine neue Regierung diese angreifen wird oder auch nicht.



„Es ist unbestritten, dass die Aktienveranlagung auf lange Sicht die beste Anlageform ist.“

■ Teodoro Cocca, Professor für Asset Management an der JKU

„Wir möchten die Vorsorge stärken. Daher arbeite ich daran, den Koalitionspartner zu überzeugen, bei der KESt wieder eine Behaltfrist einzuführen“, sagte Brunner. Es gehe um Anreize für langfristige Investments und darum, dass sich Ältere und Jüngere etwas schaffen können.

Tomaselli dazu: „In Österreich sind bereits jetzt Kapitalgewinne gegenüber Arbeitseinkommen steuerlich privilegiert. Eine Behaltfrist und damit eine KESt-Reduktion würden dieses Ungleichgewicht weiter verstärken.“ Es seien die zehn reichsten Prozent, die 58 Prozent des kompletten Aktien-

vermögens besitzen. Der Fokus müsse gerade in Zeiten der Teuerung auf Unterstützung der Personen liegen, die besonders darunter leiden. Ein Aussetzen der Wertpapier-KESt helfe dabei nicht.

Die gesamten KESt-Einnahmen des Bundes betragen 2022 rund 4,3 Milliarden Euro.

Heinrich Schaller, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank (RLB), findet Nehammers Vorschläge, ohne gesicherte Details zu kennen, einen „guten Vorstoß, als Anreiz, für die Zukunft vorzusorgen“. Er wäre für eine gänzliche Streichung der Wertpapier-KESt oder eine Behaltfrist von drei bis

fünf Jahren. „Die meisten Gelder, die in die Veranlagung gehen, wurden schon einmal versteuert“, sagt Schaller. Beim Faktor Arbeit tue sich gleichzeitig auch etwas, etwa mit der weitgehenden Abschaffung der kalten Progression.

Der „Aktien-Zinseszineffekt“

Teodoro Cocca, Professor für Asset Management an der Linzer Kepler-Universität, sagt: „Hoffentlich werden entsprechende Pläne umgesetzt, vor allem bei der Wertpapier-KESt.“ Es sei unbestritten, dass die Aktienveranlagung auf lange Sicht die beste Anlageform sei und einen „großen Beitrag für die Pensionsvorsorge“ leisten könne. Sie sei „für den Einzelnen und für die Volkswirtschaft wichtig.“ Cocca weist darauf hin, dass die Aktienmärkte global über Jahrzehnte im Schnitt sieben bis acht Prozent Jahresertrag gebracht haben. Dazu komme der Quasi-Zinseszineffekt der Wiederveranlagung von Dividenden. Bei der Behaltfrist wäre er für „je kürzer, desto besser“.

Bei Sparbüchern wäre der KESt-Wegfall ein „richtiger Schritt mit moderater Wirkung auf die Vermögensbildung“, sagt Cocca. (az)

WERBUNG

Ski Austria

VOLKSBANK OBERÖSTERREICH

ERFOLG ist Teamwork.

www.vb-ooe.at

Klima: Rechnungshof-Kritik am Land

Kontrollorgan fehlen „konkrete Zielvorgaben“ zur Reduktion von Treibhausgas

LINZ. „Wir vermissen konkret festgelegte Zielvorgaben zur Treibhausgas-Reduktion in Oberösterreich“, sagt Rudolf Hoscher, Direktor des Landesrechnungshofs (LRH). Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, seien Europäische Union, Bund und Länder gefordert.

In einem gestern, Mittwoch, veröffentlichten Bericht empfiehlt der LRH dem Land zudem, Förderungen – zum Beispiel für einen Heizkesseltausch – in einer Direktion zu bündeln und die Datenbasis zu vervollständigen. Dazu könnten

Daten aus dem Gebäude- und Wohnungsregister und der Heizungsanlagen-datenbank genutzt werden, sagt Hoscher. Das schaffe bessere Planbarkeit für den Ausstieg aus Öl und Gas.

41 Millionen Euro Förderungen

Das Land förderte den Heizkesseltausch bei Privaten von 2019 bis 2022 mit rund 41 Millionen Euro. „Damit konnten rund 7350 Biomasseheizungen, 4700 Wärmepumpen, 650 Nah- und Fernwärmeanschlüsse und etwa 1100 ther-

mische Solaranlagen errichtet werden“, sagt Hoscher.

Die Landesparteien bewerten den LRH-Bericht unterschiedlich. Für die VP bestätigt er den Kurs in Richtung Klimaneutralität bis 2040. Die SP appelliert an Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP), „endlich klare Klimaziele zu definieren“. Die Grünen nennen die schwarz-blaue Klima- und Energiestrategie „ambitionslos“. Eine Datenbasis und eine zentrale Stelle zur Abwicklung der Förderungen fordern auch die Neos.